Stand: 15.07.2025 21:47:56

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/19378

"Bank- und Finanzdienstleistungen Rechtsakt zur Börsennotierung - Attraktivere öffentliche Kapitalmärkte für EU-Unternehmen und leichterer Kapitalzugang für KMU 19.11.2021 - 11.02.2022"

Vorgangsverlauf:

1. Europaangelegenheit (Drucksache) 18/19378 vom 30.11.2021
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/19933 des WI vom 01.02.2022
3. Beschluss des Plenums 18/19961 vom 02.02.2022
4. Plenarprotokoll Nr. 103 vom 02.02.2022

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 30.11.2021 **Drucksache** 18/**19378**

Europaangelegenheit

des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Beteiligung am Konsultationsverfahren der Europäischen Union;

Bank- und Finanzdienstleistungen
Rechtsakt zur Börsennotierung - Attraktivere öffentliche Kapitalmärkte für EU-Unternehmen und leichterer Kapitalzugang für KMU
19.11.2021 - 11.02.2022

Verfahren gemäß § 83d BayLTGeschO

1. Der Ausschuss hat in seiner 48. Sitzung am 30. November 2021 im Wege der Vorprüfung einstimmig beschlossen, dass eine Beteiligung des Landtags am Konsultationsverfahren der Europäischen Kommission erforderlich ist.
2. Der Ausschuss hat beschlossen, das Konsultationsverfahren zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung zu überweisen (§ 83d Abs. 1 BayLTGeschO).

Begründung:

Nach dem Ergebnis der Vorprüfung ist die Konsultation landespolitisch von Bedeutung und Interessen des Landes sind berührt.

Börsengänge sind für EU-Unternehmen, insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen (KMU), aufwendig und teuer. Folge ist, dass EU-Unternehmen vor einer Kapitalmarktfinanzierung zurückschrecken und sich die Vorteile entgehen lassen, die ein Börsengang mit sich bringt, z. B. eine breitere Investorenbasis, ein höheres Wachstum und die Entstehung von Arbeitsplätzen. In Anerkennung dieser Probleme soll über den Aktionsplan der Kommission für die neue Kapitalmarktunion vom September 2020 unter anderem sichergestellt werden, dass Unternehmen, insbesondere KMU, ungehinderten Zugang zu der am besten geeigneten Finanzierungsform haben. Angesichts der Unterentwicklung marktbasierter Finanzierungen in der EU betonte die Kommission die Notwendigkeit, den Zugang von Unternehmen insbesondere zu öffentlichen Märkten zu unterstützen. Insbesondere kündigte die Kommission in Aktion 2 des Aktionsplans an, dass sie prüfen wird, ob die Vorschriften für die Notierung von Unternehmen an öffentlichen Märkten weiter vereinfacht werden müssen. Darüber hinaus hat die Kommission ihr Arbeitsprogramm für 2022 vorgelegt, in dem ein Legislativvorschlag angekündigt wird, um KMU den Zugang zu Kapital zu erleichtern.

Der Mittelstand mit seinen kleinen und mittleren Unternehmen gilt als eine wichtige Säule der bayerischen Wirtschaft. Integrierte öffentliche Kapitalmärkte bieten diesen Unternehmen alternative, bankenunabhängige Chancen zur Finanzierung ihres Wachstums. Verbesserte strukturelle Rahmenbedingungen, die den Zugang für KMU bei öffentlichen Kapitalmärkten erleichtern, tragen wesentlich zum wirtschaftlichen Erfolg des bayerischen Mittelstands bei.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 01.02.2022 **Drucksache** 18/**19933**

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

Europaangelegenheit des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen
Drs. 18/**19378**

Konsultationsverfahren der Europäischen Union;

Bank- und Finanzdienstleistungen
Rechtsakt zur Börsennotierung - Attraktivere öffentliche Kapitalmärkte für EU-Unternehmen und leichterer Kapitalzugang für KMU
19.11.2021 - 11.02.2022

I. Beschlussempfehlung:

Der Bayerische Landtag gibt im Konsultationsverfahren folgende Stellungnahme ab:

Der Bayerische Landtag begrüßt die geplante Politikstrategie der EU-Kommission für attraktivere öffentliche Kapitalmärkte für EU-Unternehmen und einen erleichterten Kapitalzugang für KMU. Ziel jedweder Verbesserung der Rahmenbedingungen bei der Mittelbeschaffung über die Kapitalmärkte muss eine Reduzierung des bürokratischen Aufwandes für KMU-Emittenten bei gleichzeitig angemessener Berücksichtigung des Investorenschutzes sein. Dies gilt für den Marktzugang wie auch die Folgepflichten am Kapitalmarkt. Das Ziel der EU-Kommission, mithilfe der Kapitalmarktunion mehr Wachstum und Beschäftigung zu schaffen, wird daher begrüßt.

Gleichwohl ist darauf hinzuweisen, dass es in Europa und insbesondere in Deutschland eine ausgeprägte Kultur der Unternehmensfinanzierung über Bankkredite und Förderbanken gibt, die sich auch, aber nicht nur in Krisensituationen wie der letzten Finanzkrise bestens bewährt hat, indem sie den steten Zugang zu den notwendigen Finanzmitteln gerade für mittelständische Unternehmen gewährleistet hat.

Vor diesem Hintergrund sind aus Sicht des Bayerischen Landtags regulatorische und gesetzgeberische Weichenstellungen, die einseitig auf ein kapitalmarktorientiertes Finanzsystem abzielen, nicht wünschenswert. Für den Erfolg der Kapitalmarktunion sind vielmehr ein gleichberechtigtes Nebeneinander der Bank- und Kapitalmarktfinanzierung in Europa unbedingt notwendig. Die Bankenfinanzierung als eine der Säulen der Unternehmensfinanzierung muss bei der Konzeption der Kapitalmarktunion daher angemessen berücksichtigt werden. Vorgaben, die etwa auf die höhere Verbindlichkeit eines insbesondere in kapitalmarktorientierten Finanzsystemen flächendeckender verbreiteten externen Ratings abzielen, sind daher kritisch zu betrachten.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

In Bereichen, in denen die Kreditfinanzierung aktuell gut funktioniert, sind regulatorische Hemmnisse soweit möglich zu vermeiden. Alternative Formen der Unternehmensfinanzierung müssen zur Verfügung stehen, wie die der Kapitalmarktfinanzierung mit attraktiven Rahmenbedingungen für (KMU-) Emittenten und Investoren. Um attraktive Rahmenbedingungen zu gewährleisten, könnten aus Sicht des Bayerischen Landtags die Prüfung des Potenzials noch marktnäherer Lösungen und Vereinfachungen etwa bei Prospektpflichten sowie die Prüfung von Verfahrensvereinfachungen in der Verwaltungspraxis der Aufsichtsbehörden mögliche Ansatzpunkte sein, die allerdings nicht zu Lasten der Marktintegrität und eines angemessenen Anlegerschutzniveaus gehen dürfen.

Da die Attraktivität einer Kapitalmarktfinanzierung aus Unternehmenssicht eng mit der Attraktivität aus Anlegersicht korreliert (z. B. liquider Sekundärmarkt), sollten unter Aufrechterhaltung eines angemessenen Anlegerschutzes vertretbare weitere Schritte zur Entbürokratisierung der Wertpapier- und Anlageberatung geprüft werden. Die vor dem Hintergrund der COVID-19-Pandemie im Jahr 2021 kurzfristig vorgenommenen ersten Änderungen (sog. „Quick Fix“) an dem zentralen aufsichtsrechtlichen Rechtsrahmen der EU-Richtlinie über Märkte für Finanzinstrumente (Markets for Financial Instruments Directive II) stellen hierbei einen ersten Schritt in die richtige Richtung dar.

Gleichzeitig sind Inkonsistenzen im neuen Ordnungsrahmen zu vermeiden. Kapitalmarktbezogene Regelungswerke und Vorhaben sind nicht isoliert, sondern in ihrem Zusammenspiel und ihrer Wirkung für Unternehmen und Investoren zu betrachten. Auf dieser Grundlage wird eine Kapitalmarktunion einen Mehrwert für europäische Unternehmen bringen und damit wirtschaftliches Wachstum und Beschäftigung fördern.

Berichterstatter: **Alexander König**
Mitberichterstatter: **Albert Duin**

II. Bericht:

1. Die EU-Konsultation (§ 83d BayLTGeschO) wurde dem Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat das EU-Konsultationsverfahren endberaten.
2. Der Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung hat das Konsultationsverfahren in seiner 51. Sitzung am 27.01.2022 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
   CSU: Zustimmung
   B90/GRÜ: Enthaltung
   FREIE WÄHLER: Zustimmung
   AfD: Zustimmung
   SPD: Zustimmung
   FDP: Zustimmung
   beschlossen, die Federführung zu übernehmen (§83d Abs. 2 BayLTGeschO)

3. Der Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung hat das Verfahren in seiner 51. Sitzung am 27. Januar 2022 federführend beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
   CSU: Zustimmung
   B90/GRÜ: Enthaltung
   FREIE WÄHLER: Zustimmung
   AfD: Zustimmung
   SPD: Zustimmung
   FDP: Zustimmung
   zu der in I. enthaltenen Beschlussempfehlung Zustimmung empfohlen.
4. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat das Verfahren in seiner 49. Sitzung am 1. Februar 2022 endberaten und mit folgendem Stimmergebnis:
   CSU: Zustimmung
   B90/GRÜ: Enthaltung
   FREIE WÄHLER: Zustimmung
   AfD: Zustimmung
   SPD: Zustimmung
   FDP: Zustimmung
   empfohlen, der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zuzustimmen mit der Maßgabe, dass folgender Satz angefügt wird: „Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.“.

Sandro Kirchner
Vorsitzender

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 02.02.2022 **Drucksache** 18/**19961**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Konsultationsverfahren der Europäischen Union;
Bank- und Finanzdienstleistungen
Rechtsakt zur Börsennotierung – Attraktivere öffentliche Kapitalmärkte für EU-Unternehmen und leichterer Kapitalzugang für KMU
19.11.2021 - 11.02.2022

Drs. 18/**19378**, 18/**19933**

Der Bayerische Landtag gibt im Konsultationsverfahren folgende Stellungnahme ab:

Der Bayerische Landtag begrüßt die geplante Politikstrategie der EU-Kommission für attraktivere öffentliche Kapitalmärkte für EU-Unternehmen und einen erleichterten Kapitalzugang für kleine und mittlere Unternehmen (KMU). Ziel jedweder Verbesserung der Rahmenbedingungen bei der Mittelbeschaffung über die Kapitalmärkte muss eine Reduzierung des bürokratischen Aufwandes für KMU-Emittenten bei gleichzeitig angemessener Berücksichtigung des Investorenschutzes sein. Dies gilt für den Marktzugang wie auch die Folgepflichten am Kapitalmarkt. Das Ziel der EU-Kommission, mithilfe der Kapitalmarktunion mehr Wachstum und Beschäftigung zu schaffen, wird daher begrüßt.

Gleichwohl ist darauf hinzuweisen, dass es in Europa und insbesondere in Deutschland eine ausgeprägte Kultur der Unternehmensfinanzierung über Bankkredite und Förderbanken gibt, die sich auch, aber nicht nur in Krisensituationen wie der letzten Finanzkrise bestens bewährt hat, indem sie den steten Zugang zu den notwendigen Finanzmitteln gerade für mittelständische Unternehmen gewährleistet hat.

Vor diesem Hintergrund sind aus Sicht des Bayerischen Landtags regulatorische und gesetzgeberische Weichenstellungen, die einseitig auf ein kapitalmarktorientiertes Finanzsystem abzielen, nicht wünschenswert. Für den Erfolg der Kapitalmarktunion sind vielmehr ein gleichberechtigtes Nebeneinander der Bank- und Kapitalmarktfinanzierung in Europa unbedingt notwendig. Die Bankenfinanzierung als eine der Säulen der Unternehmensfinanzierung muss bei der Konzeption der Kapitalmarktunion daher angemessen berücksichtigt werden. Vorgaben, die etwa auf die höhere Verbindlichkeit eines insbesondere in kapitalmarktorientierten Finanzsystemen flächendeckender verbreiteten externen Ratings abzielen, sind daher kritisch zu betrachten.

In Bereichen, in denen die Kreditfinanzierung aktuell gut funktioniert, sind regulatorische Hemmnisse soweit möglich zu vermeiden. Alternative Formen der Unternehmensfinanzierung müssen zur Verfügung stehen, wie die der Kapitalmarktfinanzierung mit attraktiven Rahmenbedingungen für (KMU-)Emittenten und Investoren. Um attraktive Rahmenbedingungen zu gewährleisten, könnten aus Sicht des Bayerischen Landtags die Prüfung des Potenzials noch marktnäherer Lösungen und Vereinfachungen etwa bei Prospektpflichten sowie die Prüfung von Verfahrensvereinfachungen in der Verwaltungspraxis der Aufsichtsbehörden mögliche Ansatzpunkte sein, die allerdings nicht zu Lasten der Marktintegrität und eines angemessenen Anlegerschutzniveaus gehen dürfen.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Da die Attraktivität einer Kapitalmarktfinanzierung aus Unternehmenssicht eng mit der Attraktivität aus Anlegersicht korreliert (z. B. liquider Sekundärmarkt), sollten unter Aufrechterhaltung eines angemessenen Anlegerschutzes vertretbare weitere Schritte zur Entbürokratisierung der Wertpapier- und Anlageberatung geprüft werden. Die vor dem Hintergrund der COVID-19-Pandemie im Jahr 2021 kurzfristig vorgenommenen ersten Änderungen (sog. Quick Fix) an dem zentralen aufsichtsrechtlichen Rechtsrahmen der EU-Richtlinie über Märkte für Finanzinstrumente (Markets for Financial Instruments Directive II) stellen hierbei einen ersten Schritt in die richtige Richtung dar.

Gleichzeitig sind Inkonsistenzen im neuen Ordnungsrahmen zu vermeiden. Kapitalmarktbezogene Regelungswerke und Vorhaben sind nicht isoliert, sondern in ihrem Zusammenspiel und ihrer Wirkung für Unternehmen und Investoren zu betrachten. Auf dieser Grundlage wird eine Kapitalmarktunion einen Mehrwert für europäische Unternehmen bringen und damit wirtschaftliches Wachstum und Beschäftigung fördern.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

Die Präsidentin

Ilse Aigner

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Abstimmung

über Verfassungsstreitigkeiten, Europaangelegenheiten und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der GRÜNEN, der FREIEN WÄHLER, der AfD, der SPD und der FDP. Gegenstimmen? – Keine. Enthaltungen? – Keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Verfassungsstreitigkeiten, Europaangelegenheiten und Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)

Es bedeuten:

(E)	einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A)	Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z)	Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Verfassungsstreitigkeiten

1. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 8. Dezember 2021 (Vf. 65-VII-21) betreffend
Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit
der §§ 3, 4 Abs. 1 und 4, § 5 der Fünfzehnten Bayerischen Infektionsschutzmaßnahmenverordnung (15. BayIfSMV) vom 23. November 2021 (BayMBI. Nr. 816, BayRS 2126-1-19-G)

   PII - G1310.21-0026
   Drs. 18/19889 (G)

   Votum des federführenden Ausschusses für
   Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

   Der Landtag beteiligt sich nicht am Verfahren.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	A	Z	A	A	Z

2. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 29. November 2021 (Vf. 58-VII-21) betreffend
Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit
   1. der § 17 Satz 2 Nr. 2 a und § 17 a Abs. 1 Satz 2 der Vierzehnten Bayerischen Infektionsschutzmaßnahmenverordnung (14. BayIfSMV) vom 1. September 2021 (BayMBl. Nr. 615, BayRS 2126-1-18-G), die zuletzt durch Verordnung vom 15. November 2021 (BayMBl. Nr. 796) geändert worden ist,
   2. der §§ 3 bis 5 der Fünfzehnten Bayerischen Infektionsschutzmaßnahmenverordnung (15. BayIfSMV) vom 23. November 2021 (BayMBl. Nr. 816, BayRS 2126-1-19-G)

   PII-G1310.21-0025
   Drs. 18/19890 (G)

   Votum des federführenden Ausschusses für
   Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

   Der Landtag beteiligt sich nicht am Verfahren.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	A	Z	A	Z	Z

Europaangelegenheiten

3. Antrag der Abgeordneten Dr. Martin Huber, Alexander König, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU,
Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Tobias Gotthardt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Subsidiarität
Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Transparenz und das Targeting politscher Werbung
COM(2021) 731 final
BR-Drs. 826/21
Drs. 18/19863, 18/19929 (ENTH)

   Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	ENTH	Z	Z	ENTH	Z

4. Beteiligung am Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Binnenmarkt, Justiz und Grundrechte
Zivilrechtliche Haftung – Anpassung der Haftungsregeln an das digitale Zeitalter und an die Entwicklungen im Bereich der künstlichen Intelligenz
18.10.2021 - 10.01.2022
Drs. 18/18919, 18/19934 (ENTH) [X]

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Landtag gibt im Konsultationsverfahren die auf Drs. 18/19934 veröffentlichte Stellungnahme ab.
Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	ENTH	Z

5. Beteiligung am Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Wirtschaft, Finanzen und Euro
Überprüfung des EU-Rahmens für die wirtschaftspolitische Steuerung
19.10.2021 - 31.12.2021
Drs. 18/19377, 18/19932 (G) (ENTH) [X]

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Landtag gibt im Konsultationsverfahren die auf Drs. 18/19932 veröffentlichte Stellungnahme ab.
Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	A	Z	ENTH	A	ENTH

6. Beteiligung am Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Bank- und Finanzdienstleistungen
Rechtsakt zur Börsennotierung – Attraktivere öffentliche Kapitalmärkte für EU-Unternehmen und leichterer Kapitalzugang für KMU
19.11.2021 - 11.02.2022
Drs. 18/19378, 18/19933 (ENTH) [X]

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Landtag gibt im Konsultationsverfahren die auf Drs. 18/19933 veröffentlichte Stellungnahme ab.
Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	ENTH	Z	Z	Z	Z

Anträge

7. Antrag der Abgeordneten Inge Aures, Klaus Adelt, Florian Ritter u.a. SPD
Jobrad auch für Beamtinnen und Beamte ermöglichen
Drs. 18/14877, 18/19892 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	A

8. Antrag der Abgeordneten Klaus Adelt, Florian Ritter, Inge Aures u.a. SPD
Öffentlicher Raum für alle: Kommunen mehr Entscheidungsspielraum bei Preisgestaltung für Bewohnerparkausweise ermöglichen
Drs. 18/15225, 18/19790 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	A

9. Antrag der Abgeordneten Inge Aures,
Klaus Adelt, Horst Arnold u.a. SPD
Mehr wissenschaftliche Expertise:
Auch Bayern braucht eine Radprofessur
Drs. 18/17699, 18/19791 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	A

10. Antrag der Abgeordneten Inge Aures,
Klaus Adelt, Horst Arnold u.a. SPD
Verkehrswende vorantreiben: Modellprojekt autofreie Innenstadt
Drs. 18/17709, 18/19792 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	A

11. Antrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Prof. Dr. Ingo Hahn AfD
Bayerische Wälder schützen –
Feststellung fehlender Ausgleichsfläche in Allersberg
Drs. 18/18099, 18/19793 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

12. Antrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Prof. Dr. Ingo Hahn AfD
Bayerische Wälder schützen – Standorte des geplanten ICE-Werks
Nürnberg für ungeeignet erklären
Drs. 18/18100, 18/19794 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

13. Antrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Prof. Dr. Ingo Hahn AfD
Bayerische Wälder schützen – Kein ICE-Werk in Feucht I
Drs. 18/18101, 18/19795 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

14. Antrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Prof. Dr. Ingo Hahn AfD
Bayerische Wälder schützen –Kein ICE-Werk in Feucht II
Drs. 18/18102, 18/19796 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

15. Antrag der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayr,
Margit Wild, Florian von Brunn u.a. SPD
Loben allein löst kein Problem –
A13 für alle Lehrkräfte und E6 für alle Verwaltungsangestellten
Drs. 18/18111, 18/19749 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	Z	Z	ENTH

16. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser,
Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP),
Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler u.a.
und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN),
Harald Güller, Florian Ritter, Annette Karl u.a. und Fraktion (SPD)
Finanzielle Mittel für die Berufseinstiegsbegleitung
dauerhaft bereitstellen
Drs. 18/18217, 18/19773 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	Z

17. Antrag der Abgeordneten Gudrun Brendel-Fischer, Wolfgang Fackler, Prof. Dr. Gerhard Waschler u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Tobias Gotthardt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Familienpolitische Teilzeit für Lehrkräfte
Drs. 18/18229, 18/19803 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

18. Antrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Markus Bayerbach, Gerd Mannes u.a. und Fraktion (AfD)
Bayerische Brauereien entlasten – Umwelt schützen I: Pfand für Mehrweg-Bierflaschen und Getränkekästen erhöhen
Drs. 18/18230, 18/19855 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

19. Antrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Ferdinand Mang u.a. und Fraktion (AfD)
Bayerische Brauereien entlasten – Umwelt schützen II: Biersteuer abschaffen! Pfand von der Mehrwertsteuer befreien!
Drs. 18/18231, 18/19350 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

20. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn,
Ruth Müller, Annette Karl u.a. SPD
Eintrag von Trifluoressigsäure in bayerische Gewässer reduzieren!
Drs. 18/18377, 18/19775 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	ENTH	Z	Z

21. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes,
Franz Bergmüller, Uli Henkel u.a. und Fraktion (AfD)
Bayerische Unternehmen entlasten:
Lieferkettengesetze mit Positiv- und Negativlistenansatz ersetzen
Drs. 18/18479, 18/19786 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

22. Antrag der Abgeordneten Annette Karl,
Michael Busch, Ruth Müller u.a. SPD
Finanzmittel für den Digitalbonus aufstocken
Drs. 18/18481, 18/19774 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	ENTH

23. Antrag der Abgeordneten Martin Schöffel,
Alexander Flierl, Petra Högl u.a. CSU,
Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Benno Zierer u.a.
und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Änderung des Bayerischen Naturschutzgesetzes
mit dem Ziel unnötigen Umbruch von Grünland zu vermeiden
Drs. 18/18486, 18/19868 (E)

auf Antrag der AfD-Fraktion Votum des mitberatenden Ausschusses
für Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

24. Antrag der Abgeordneten Annette Karl,
Ruth Müller, Martina Fehlner u.a. SPD
Energiepreisschock – Die Staatsregierung muss sich frühzeitig
in den Lösungsprozess einbringen!
Drs. 18/18488, 18/19783 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

25. Antrag der Abgeordneten Inge Aures,
Klaus Adelt, Horst Arnold u.a. SPD
Radwegebau besser koordinieren – Kompetenzzentren für
kommunale und überregionale Radnetze schaffen
Drs. 18/18491, 18/19797 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	ENTH	A	A	Z	A

26. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Landtag über die jährliche Fortschreibung der Programme zur Förderung des kommunalen Straßen- und ÖPNV-Ausbaus informieren
Drs. 18/18507, 18/19798 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

27. Antrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Christian Klingen, Andreas Winhart u.a. und Fraktion (AfD)
Pflegepotenzial-Monitoring in Bayern etablieren
Drs. 18/18673, 18/19799 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	**ohne**

Die FDP-Fraktion hat beantragt, das Votum **„Ablehnung“** zugrunde zu legen.

28. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Müller, Annette Karl u.a. SPD
Ressourcenschutz I – Reparieren statt wegwerfen: Reparaturbonus für Elektrogeräte
Drs. 18/18698, 18/19886 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	A

29. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn,
Ruth Müller, Annette Karl u.a. SPD
Ressourcenschutz II – Reparatur einfach gestalten:
eine Plattform für alle Anliegen
Drs. 18/18699, 18/19562 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	A

30. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn,
Ruth Müller, Annette Karl u.a. SPD
Ressourcenschutz III – Mehr Einsatz für Ressourcenschutz
auf allen politischen Ebenen
Drs. 18/18700, 18/19776 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	ENTH

31. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann,
Andreas Krahl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Handlungsmöglichkeiten in Bayern jetzt ausschöpfen –
Steuerung der pflegerischen Infrastruktur vor Ort stärken
Drs. 18/18713, 18/19801 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	A	Z	Z

32. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Andreas Krahl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Handlungsmöglichkeiten in Bayern jetzt ausschöpfen – Pflegeberufe stärken für eine zukunftsfähige Gesundheitsversorgung
Drs. 18/18714, 18/19800 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	ENTH	**ohne**	Z

Die SPD-Fraktion hat beantragt, das Votum **„Zustimmung“** zugrunde zu legen.

33. Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Andreas Winhart, Christian Klingen u.a. und Fraktion (AfD)
Entwicklung des Düngemittel-Markts in Bayern
Drs. 18/18731, 18/19733 (E)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

34. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Patrick Friedl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Kontrolle der Ausgleichs- und Ersatzflächen gemäß Bundesnaturschutzgesetz, Bayerischem Naturschutzgesetz und Baugesetzbuch
Drs. 18/18734, 18/19869 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

35. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Thomas Huber, Petra Guttenberger, Dr. Ute Eiling-Hütig u.a. CSU
Konzept „Bayern gegen Gewalt“ zielgruppenspezifisch und bedarfsgerecht weiterentwickeln
Drs. 18/18745, 18/19848 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	**ohne**

Die FDP-Fraktion hat beantragt, das Votum **„Zustimmung“** zugrunde zu legen.

36. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Ralf Stadler, Andreas Winhart u.a. und Fraktion (AfD)
Umwelt und Kulturlandschaft schützen – Atomausstieg verhindern!
Drs. 18/18766, 18/19784 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

37. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Lieferketten und Lebensmittelversorgung aufrechterhalten – Versorgung der Wirtschaft mit Ammoniak zur Harnstoff- und Düngemittelproduktion sicherstellen
Drs. 18/18828, 18/19785 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	**ohne**

Die FDP-Fraktion hat beantragt, das Votum **„Ablehnung“** zugrunde zu legen.

38. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Hans Urban u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Wie geht's der Gams in Bayern? – Regelmäßige Berichterstattung zur Gamsforschung in den bayerischen Alpen
Drs. 18/18933, 18/19751 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

39. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Hans Urban u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Walchenseekraftwerk: Bericht zu Heimfall
Drs. 18/18934, 18/19887 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	ENTH

40. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bayerische Schweine im Auslauf – Ergebnisse des Sonderforschungsprojekts vorstellen, Empfehlungen umsetzen und Rechtssicherheit schaffen
Drs. 18/18935, 18/19752 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	Z

41. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Hans Urban u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Kulturlandschaftsprogramm 2023:
Ganze Vielfalt der Agroforstwirtschaft fördern
Drs. 18/18936, 18/19772 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	A

42. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Müller, Annette Karl u.a. SPD
Mode für den Müll ist nicht schick – für nachhaltigere Lösungen statt „Fast Fashion“ in der Textilbranche
Drs. 18/18973, 18/19779 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	Z

43. Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Martina Fehlner, Annette Karl u.a. SPD
Tierschutz in der Landwirtschaft ernst nehmen – Brände in Ställen endlich erfassen!
Drs. 18/18977, 18/19753 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	ENTH

44. Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Martina Fehlner, Annette Karl u.a. SPD
Zustand des Gamsbestands
Drs. 18/18978, 18/19754 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	ENTH	Z	Z

45. Antrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Jan Schiffers, Christian Klingen u.a. und Fraktion (AfD)
Behindertenhilfe nicht im Stich lassen – Förderungen sicherstellen
Drs. 18/18982, 18/19849 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	**ohne**

Die FDP-Fraktion hat beantragt, das Votum **„Ablehnung“** zugrunde zu legen.

46. Antrag der Abgeordneten Andreas Winhart, Ralf Stadler, Gerd Mannes u.a. und Fraktion (AfD)
Direktvermarktung stärken: Effektive Maßnahmen zur Existenzsicherung landwirtschaftlicher Betriebe in Zeiten von Corona ergreifen
Drs. 18/18988, 18/19755 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	**ohne**	A

Die SPD-Fraktion hat beantragt, das Votum **„Ablehnung“** zugrunde zu legen.

47. Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Andreas Winhart, Gerd Mannes u.a. und Fraktion (AfD)
Forderungen des Umweltbundesamts auf den Prüfstand stellen: Jetzt eine Folgenabschätzung für die Landwirtschaft auf den Weg bringen
Drs. 18/18991, 18/19756 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

48. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher,
Margit Wild, Dr. Simone Strohmayr u.a. SPD
Rechtsansprung auf Ganztagsbetreuung für Kinder im Grundschulalter – jetzt die Weichen für 2026 richtigstellen
Drs. 18/18995, 18/19850 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	**ohne**

Die FDP-Fraktion hat beantragt, das Votum **„Zustimmung“** zugrunde zu legen.

49. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn,
Christian Klingen, Gerd Mannes u.a. und Fraktion (AfD)
Pariser Klimaabkommen aufkündigen – Zukunft sichern!
Drs. 18/18996, 18/19782 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

50. Antrag der Abgeordneten Gudrun Brendel-Fischer,
Dr. Ute Eiling-Hütig, Thomas Huber u.a. CSU,
Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Gabi Schmidt u.a.
und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Weibliche Genitalverstümmelung
Drs. 18/18999, 18/19851 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	**ohne**

Die FDP-Fraktion hat beantragt, das Votum **„Zustimmung“** zugrunde zu legen.

51. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Patrick Friedl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Klimaschutz durch Moore endlich voranbringen – Anhörung zur Moorschutzstrategie der Staatsregierung
Drs. 18/19196, 18/19870 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	ENTH	Z	Z